

UOKG e.V. Wagner, Von-der-Tann-Str.11., 67433 Neustadt.

IKEA Deutschland GmbH & Co. KG  
Sabine Nold Pressesprecherin/PR Manager  
Am Wandersmann 2-4

**65719 Hofheim-Wallau**

**Rainer Wagner / Bundesvorsitzender**

Dipl. -Religionspädagoge (FH)  
Von-der-Tann-Straße 11  
D-67433 Neustadt/Weinstraße  
Tel.: 06321 2678 Fax 483225  
Email: Rainer\_Wagner@gmx.net

Ehrenvorsitzende:  
Gerhard Finn & Horst Schüler  
Stellvertretende Vorsitzende  
Ernst-Otto Schönemann  
Roland Lange

**Bundesgeschäftsstelle:**  
Ruschestr. 103 Haus 1  
D-130365 Berlin  
Tel. / Fax: (030) 55779354

**Geschäftszeiten:**  
Mo.-Fr. 10.00- 18.00 Uhr  
Neustadt, den **6.7.2012**

Sehr geehrte Frau Nold,

nachdem wir vor einigen Tagen telefonischen Kontakt hatten, erlaube ich mir, Ihnen eine Anregung im Blick auf die Aufarbeitung des SED – Unrechts und der Zwangsarbeit in den Haftanstalten der DDR zu geben.

Lassen Sie mich aber am Anfang meine Anerkennung darüber zum Ausdruck bringen, dass IKEA bereit und willens ist, sich mit der Zwangsarbeit diesem dunklen Kapitel in der DDR-Geschichte zu stellen. Die UOKG hält nach ihren Erfahrungen im Einsatz für die Anerkennung der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft ein solches Engagement durchaus nicht für selbstverständlich. Wir betrachten es als positives Beispiel und haben darüber bereits in unserer Zeitschrift („Der Stacheldraht“ Nr. 4/2012) berichtet. Wir verkennen dabei nicht, dass IKEA angesichts von bisher fehlender Information in Wissenschaft und Öffentlichkeit eine gewisse „Platzhalterfunktion“ für eine bisher fast völlig unbekannte Zahl von Firmen und Einrichtungen in West und Ost eingenommen hat.

Als Dachverband, der unterschiedlichste Opfergruppen vertritt, ist uns daran gelegen, die positiven Ansätze der einmal aufgekommenen Debatte um die Zwangsarbeit in der DDR zu stärken. Dass einzelne Firmen dazu sporadisch in den Fokus der Öffentlichkeit geraten, ist dabei eher hinderlich. Daran wird sich allerdings wenig ändern lassen, solange die Zwangsarbeit nicht systematisch erforscht und in ihren historischen Kontext gestellt ist. Bisher sind lediglich zwei Forschungsarbeiten erschienen, die sich jedoch wiederum nur mit Teilbereichen befassen.

Die Erforschung dieses Phänomens wird voraussichtlich viele Jahre in Anspruch nehmen. Wir bitten Sie als betroffene und engagierte Firma, zusammen mit uns, dem Dachverband der Opferverbände, dazu einen Anfang zu wagen. Dieses Engagement von IKEA sind wir bereit, breit zu kommunizieren. Das Projekt ist als Ergänzung der Untersuchungen gedacht, die IKEA bereits für diejenigen Bereiche durchführt, in denen die Firma selbst unmittelbar betroffen ist.

Dazu schlagen wir Ihnen ein dreigliedriges Projekt vor, für das wir Sie um die Finanzierung bitten. Wir würden versuchen, eine Ko-Finanzierung über Hochschulen, das Kultur-Staatsministerium oder andere Institutionen der Aufarbeitung zu vermitteln.

Für jedes der Teilprojekte kann selbstverständlich ein eigenes Exposé vorgelegt werden. Die Teile des Projektes sollen aufeinander aufbauen und daher zeitversetzt beginnen.

### **1. Grundlagenforschung**

Verschiedene Parameter der Zwangsarbeit in der DDR sollen von einem unabhängigen, qualifizierten Historiker anhand von Originalquellen und Zeitzeugenberichten untersucht und in ihrem historischen Kontext bewertet werden. Wir können dabei bereits auf eine Reihe von Zuschriften zurückgreifen, die uns erreicht haben. Untersucht werden Zuchthäuser, Gefängnisse, Haftarbeitslager, Arbeitserziehungslager, Jugendwerkhöfe und weitere Sondereinrichtungen. Der Begriff „Zwangsarbeit“ wird dabei kritisch von dem NS-belasteten Begriff „Zwangsarbeit“ und dem „Zwang zur Arbeit“ (z.B. in DDR-Kinderheimen) abgesetzt. Die in Ansätzen vorhandene juristische Bewertung soll mindestens aufgearbeitet und rezipiert werden. Auf schwere Gefährdungen der Gesundheit (die für IKEA vermutlich nicht zu befürchten sind), soll eigens hingewiesen werden (Bitterfeld: Chlorproduktion). Ziel ist eine Publikation in Buchform. Das Projekt sollte nach einem Jahr abgeschlossen sein.

### **2. Gesprächsforen**

Über drei oder vier Gesprächsforen mit Vertretern der Opferverbände, der Politik und möglichst auch Firmen soll die Öffentlichkeit sachgemäß informiert und ein Diskurs über verschiedene Probleme (Renten, Entschädigungen, Kompensation von gesundheitlichen Folgeschäden) begonnen werden. Eines der Foren sollte dem wissenschaftlichen Diskurs gewidmet sein. Über alle Foren soll in der Öffentlichkeit berichtet werden.

### **3. Öffentlichkeit**

Es soll eine Ausstellung erarbeitet werden, die sowohl die neuesten Forschungsergebnisse als auch den Diskurs im Rahmen politischer Bildungsarbeit präsentiert. Sie soll zu regionalem Engagement in diesem Themenbereich anregen und vor allem junge Menschen sensibilisieren.

Mit den Arbeiten könnte im November 2012 begonnen werden. Laufzeit, Umfang und Ergebnisse sollten im Gespräch präzisiert werden.

Bitte geben Sie unseren Vorschlag in den entsprechenden Gremien Ihrer Firma weiter. Ich würde mich freuen, wenn wir über ein solches Projekt in der einen oder anderen Weise ins Gespräch kommen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Wagner

Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft